

B e s c h l u s s

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags zu dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt

Der Landtag hat in seiner 16. Sitzung am 3. Mai 2000 folgenden Beschluss gefasst:

Der Landtag verurteilt einmütig den Anschlag auf die Erfurter Synagoge vom 20. April 2000. Die Tat jugendlicher Rechtsextremisten hat über die Grenzen Thüringens und Deutschlands hinaus Empörung und Abscheu ausgelöst. Die Mitglieder des Landtags versichern der jüdischen Landesgemeinde und allen Bürgern jüdischen Glaubens in Thüringen ihre Solidarität und ihre Anteilnahme. Sie sind sich einig, dass sich eine solche verbrecherische Tat blinden Hasses nicht wiederholen darf.

Die rechtsextreme Tat hat auch dem Ansehen Thüringens schweren Schaden zugefügt. Die Reaktionen auf den Anschlag haben aber deutlich gemacht, dass die Täter keinen Rückhalt in der Bevölkerung des Freistaats besitzen. Die sichtbaren Bekundungen der Solidarität vor der Erfurter Synagoge und während des Festes "Unser buntes Haus Weimar" sind ermutigende Beispiele dafür.

Der Landtag begrüßt die schnelle Aufklärung des Anschlags durch die Thüringer Behörden.

Dieser Anschlag macht erneut bewusst, dass der Bekämpfung des politischen Extremismus höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden muss: Extremismus ist eine Gefahr für die Demokratie und eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte im Freistaat.

Der Landtag ist sich bewusst, dass extremistische Tendenzen nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind. Dem extremistischen Gedankengut muss aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Konzepte zur Vermeidung von Extremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, konsequentes staatliches Handeln und die Zivilcourage aller Demokraten sind notwendig.

Die Aktivitäten extremistischer Gruppierungen müssen aufmerksam beobachtet und neue Entwicklungen erkannt werden. Extremistischen Straftätern gilt eine konsequente Verfolgung und Bestrafung. Die Einheit aus Prävention und Repression bietet die besten Chancen, den Gefahren des politischen Extremismus erfolgreich und effektiv entgegenzuwirken.

Eltern, Lehrer und Erziehungsberechtigte haben eine besondere Verantwortung, sie sind aufgefordert, durch Information und Aufklärung extremistischen Tendenzen vorzubeugen. Es geht darüber hinaus auch um Zuwendung, um Annahme und Stärkung der Persönlichkeit junger Menschen, damit Extremisten mit ihren gefährlichen Einflüssen erfolglos bleiben.

Wir unterstützen alle Schritte, mit denen politischer Extremismus durch Maßnahmen zur inneren Sicherheit, zum Schutz der Verfassung und zur Intensivierung der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit künftig wirksamer verhindert wird.

Lieberknecht
Präsidentin des Landtags